

Ressort: Finanzen

Gesamtmittel will zu Leiharbeit und Werkverträgen verhindern

Berlin, 23.11.2015, 00:00 Uhr

GDN - Die Metall- und Elektroindustrie will das geplante Gesetz von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) zu Leiharbeit und Werkverträgen noch verhindern. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmittel, Rainer Dulger, sagte der "Süddeutschen Zeitung" (Montagausgabe), es sei jetzt noch ein politischer Prozess "abzuwarten".

Er fügte an: "Die Frau Ministerin regiert ja nicht alleine." So sei der Gesetzentwurf jedenfalls nicht akzeptabel. In dem Gesetz will Nahles unter anderem festlegen, dass ein Leiharbeiter von einem Betrieb maximal 18 Monate ununterbrochen eingesetzt werden darf. Anschließend muss er von ihm fest übernommen werden. Zwar will Nahles es Gewerkschaften und Arbeitgebern erlauben, per Tarifvertrag auch andere Obergrenzen zu vereinbaren. Diese sollen jedoch nur für Firmen gelten dürfen, die Mitglied in einem tarifgebundenen Arbeitgeberverband sind. Genau das lehnt Gesamtmittel-Präsident Dulger ab. "Wir haben in unseren Arbeitgeberverbänden mittlerweile viele Mitglieder ohne Tarifbindung", sagte er. Was Nahles nun versuche, sei Tarifbindung mit der Brechstange.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-63516/gesamtmittel-will-zu-leiharbeit-und-werkvertraegen-verhindern.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619